



Landeshauptstadt München, Behindertenbeirat
Burgstraße 4, 80331 München

An
Das Sozialreferat
Amt für soziale Sicherung
Per Mail

Der Vorstand

Nadja Rackwitz
Michael Hausmanninger
Cornelia von Pappenheim
Daniela Maier

Geschäftsstelle:
Burgstraße 4, 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 21972
Telefax: 089 / 233 – 212 66
E-Mail:
behindertenbeirat.soz@muenchen.de

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Datum
19.09.2025

Sitzungsvorlage Nr. 20-26 / V 1746: Dritter Stadtratsbericht zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK); stadtweites Verfahren

Sehr geehrte Damen* und Herren*,

wir bedanken uns für die Zusendung eines Berichts, der, wie auch seine Vorgängerberichte, eine hohe inhaltliche Qualität und Übersichtlichkeit hat. Mit dem dritten Stadtratsbericht zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird deutlich, welch wertvolle und kontinuierliche Arbeit in unserer Stadt in diesem Themenfeld geleistet wird. Besonders hervorheben möchten wir das Koordinierungsbüro, das mit großem Engagement und hoher Fachlichkeit die Umsetzung begleitet, Strukturen stärkt und den Dialog mit allen relevanten Akteurinnen und Akteuren fördert.

1. Aktionsplan

Alle Maßnahmen des 1. Aktionsplans sind nun umgesetzt. Dies ist ein starkes Zeichen dafür, dass die Aktionspläne unserer Stadt ernstgenommen werden. Hier ist auch ein Dank an die Mitglieder der Operativ- und Steuerungsgruppe auszusprechen, die mit Nachdruck den Umsetzungsstand eingefordert haben.

2. Aktionsplan

Einige offene Maßnahmen aus dem 2. Aktionsplan befinden sich sukzessive in der Umsetzung. Nur sehr verhalten haben wir uns darüber gefreut, dass die drei wichtigen Maßnahmen 16 und 17 (Zuschussprogramme), sowie 35 (Baurechtliche Anforderungen im frei finanzierten Wohnungsbau), laut Bericht in Vorbereitung sind, da Personalstellen besetzt werden konnten. Dies ist von großer Wichtigkeit, in Anbetracht der zunehmenden Beschwerden von Bürger*innen im Büro der Behindertenbeauftragten und beim

„Wer Inklusion infrage stellt, greift die Demokratie an.“

Beauftragter der Bundesregierung
für die Belange von Menschen mit Behinderungen
Jürgen Dusel



Behindertenbeirat wegen fehlenden barrierefreien Wohnraums. Wir fordern an dieser Stelle mit Nachdruck, dass bei dem sensiblen Thema Wohnraum in unserer Stadt, diese Maßnahmen endlich umgesetzt werden und auch über den Umsetzungsstand in der Steuerungsgruppe berichtet wird.

Maßnahmen außerhalb der Aktionspläne

Wir loben die Anstrengungen und Auflistung von Maßnahmen einzelner Referate außerhalb der Aktionspläne. Die inklusive Öffnung von unterschiedlichen Angeboten, der Fokus auf barrierefreie digitale Angebote und die Mobilitätsangebote in der Stadt erleichtern den Alltag von Menschen mit Behinderungen und fördern die Teilhabe.

Öffnung von Angeboten heißt aber auch, dass sie volumnäßig barrierefrei zugänglich sind. Wir bitten alle Referate, noch mehr auf die Einhaltung der Barrierefreiheit bei allen innerstädtischen und städtisch genehmigten Veranstaltungen zu achten. Gerne verweisen wir auf die „Checkliste barrierefreie Veranstaltungen“ beim KVR und das Beratungsangebot im Koordinierungsbüro zur Umsetzung der UN-BRK.

Bevölkerungsbefragung zur sozialen Lage

Der Bericht gibt auch einen guten Einblick in die Daten zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen. Die gewonnenen Erkenntnisse decken sich mit den Bedarfen, die im Rahmen der Erstellung des 3. Aktionsplans an verschiedenen Stellen genannt wurden. Menschen mit Behinderungen sind in allen Bereichen weiterhin deutlich schlechter gestellt in unserer Stadt als Menschen ohne Behinderungen. Dieses Ergebnis muss Ansporn sein, weiterhin an den Aktionsplänen und anderen Maßnahmen in allen Referaten zu arbeiten.

3. Aktionsplan

Auch wenn der dritte Aktionsplan nicht Gegenstand des vorliegenden Berichts ist, möchten wir kurz auf ihn eingehen, denn er bestimmt maßgeblich die tägliche Arbeit im Koordinierungsbüro und im Behindertenbeirat.

Der dritte Aktionsplan setzt mit seinem Schwerpunkt Bewusstseinsbildung einen wichtigen und richtigen Akzent. Denn erst wenn Barrieren in den Köpfen abgebaut werden, können auch Barrieren im Alltag nachhaltig überwunden werden. Das Bewusstsein für Teilhabe und Inklusion zu stärken, ist damit eine zentrale Voraussetzung, um unsere Stadt Schritt für Schritt inklusiver zu gestalten.

Sehr bedauerlich ist jedoch, dass die Finanzierung einiger Maßnahmen im Bericht nicht gesichert ist und die Zuschüsse aus dem Inklusionsfonds an freie Träger ausgesetzt wurden. Gerade kleinere Projekte freier Träger können in den Stadtvierteln ganz gezielt inklusive Angebote machen, die direkt bei den Bürgerinnen und Bürgern ankommen. Und ohne eine verlässliche finanzielle Grundlage droht die Umsetzung des 3. Aktionsplans hinter den eigenen Ansprüchen zurückzubleiben.

Besonders kritisch sehen wir in diesem Zusammenhang, dass die Maßnahme E4 zum Gewaltschutz (Gewaltprävention für Jungen und Männer mit Behinderungen) mangels Finanzierung derzeit ausgesetzt werden muss. Gerade im Bereich des Schutzes vor Gewalt ist dies ein äußerst sensibles Feld, in dem unsere Stadt dringend handlungsfähig bleiben sollte.

„Wer Inklusion infrage stellt, greift die Demokratie an.“

Beauftragter der Bundesregierung
für die Belange von Menschen mit Behinderungen
Jürgen Dusel



Insgesamt ist der dritte Stadtratsbericht ein wichtiges Signal für den eingeschlagenen Weg. Es gilt nun, die inhaltlichen Schwerpunkte auch mit den notwendigen Ressourcen zu unterlegen, damit die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention konsequent weiterverfolgt und wichtige Schutzmaßnahmen und Aufklärungskampagnen verlässlich umgesetzt werden können. Auch dies ist ein Zeichen zur Bewusstseinsbildung.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Der Vorstand

Nadja Rackwitz
Vorsitzende

Cornelia von Pappenheim
stellv. Vorsitzende

Michael Hausmanninger
stellv. Vorsitzender

Daniela Maier
Behindertenbeauftragte

„Wer Inklusion infrage stellt, greift die Demokratie an.“

Beauftragter der Bundesregierung
für die Belange von Menschen mit Behinderungen
Jürgen Dusel



